



## **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**

### **10. Sitzung (öffentlich)**

13. März 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:05 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD) (Stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Stefan Ernst, Uwe Scheidel (Federführung)

### **Verhandlungspunkt:**

#### **Herausforderungen des doppelten Abiturjahrgangs annehmen – Wo sind die Konzepte der Landesregierung?**

**3**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1477

– Öffentliche Anhörung –

Hierzu werden die in der folgenden Tabelle aufgeführten Sachverständigen angehört.

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen, Bochum	Prof. Dr. Martin Sternberg	16/595	3, 15
Landes-ASten-Treffen Nordrhein-Westfalen, Köln	Christoph Husemann	-/-	4, 17
Arbeitsgemeinschaft der Studentenwerke im Lande Nordrhein-Westfalen, Bielefeld	Helga Fels	16/593	5, 20
Deutsches Studentenwerk, Berlin	Prof. Dr. Dieter Timmermann	16/593	6, 21
AStA der RWTH Aachen	Matthias Nick	16/601	7, 23
Philologenverband Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	Peter Silbernagel	16/596	8, 24
Präsident der Hochschule Niederrhein, Krefeld	Prof. Dr. Hans-Hennig von Grünberg	16/579	9, 26
Landes-ASten-Treffen Nordrhein-Westfalen, Köln	Johannes Bloemeke	-/-	19

**Herausforderungen des doppelten Abiturjahrgangs annehmen –  
Wo sind die Konzepte der Landesregierung?**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1477

– Öffentliche Anhörung –

Die **stellv. Vorsitzende Heike Gebhard** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und insbesondere die Sachverständigen und gibt einige organisatorische Hinweise. Danach beginnt die Runde der Expertenstatements.

**Prof. Dr. Martin Sternberg (Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen, Bochum):** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Mit den Fachhochschulen sind genauso wie mit den Universitäten Zielvereinbarungen über einen Aufwuchs an Studienplätzen geschlossen worden. Zur Finanzierung stehen ganz wesentlich die Mittel aus dem Hochschulpakt I und II zur Verfügung. Ich sage das lax: Es ist viel Geld geflossen, und es wird noch viel Geld fließen. Die Fachhochschulen werden zum Jahrgang 2013/2014, also im September, deutlich mehr als die so vereinbarten Anfängerzahlen aufnehmen – verteilt auf alle Fächergruppen.

Aufgrund des seit 2005 steigenden Aufwuchses an Studienplätzen ist die Vorbereitung auf diesen doppelten Abiturjahrgang nur mit äußerster Anstrengung gelungen. Wir gehen überall an die Grenzen des Machbaren, die durch die Verfügbarkeit des qualifizierten Personals gegeben sind. Es ist ganz schwierig, vor allem im MINT-Bereich überhaupt noch vernünftige Leute zu akquirieren. Für befristete Stellen ist das fast unmöglich. Befristungen sind dort nicht zu vermeiden, wo vorgezogene Besetzungen nicht ausreichen. Im Namen der Fachhochschulen möchte ich sagen, dass die Ankündigung der Landesregierung, zu einer Verstärkung der Hochschulpaktmittel zu kommen und zu stehen, uns dabei schon ein bisschen geholfen und entlastet hat.

Der Aufbau von Flächen, von Laboren, von Hörsälen und Seminarräumen ist weitestgehend erfolgt. Auch das ist an natürliche Grenzen gestoßen. Wir haben die Nutzungszeiten weitestgehend ausgedehnt – von morgens 8 Uhr bis abends 22 Uhr – und den Samstagvormittag jetzt schon überwiegend dazu genommen, jedenfalls in der Planung für das nächste Jahr. Diese Maßnahmen sind ausgereizt.

Die Anmietung ist begrenzt möglich. Das hat etwas mit Entfernungen zu tun. Ich kann den Studierenden nicht zumuten, für eine Vorlesung 20 Minuten mit der Straßenbahn zu kommen und anschließend wieder zurückzufahren. Temporäre Bauten haben ebenfalls ihre Grenzen, ganz davon abgesehen, dass dabei die große Frage nach der Nachhaltigkeit zu stellen ist. Neubauten für temporären Bedarf sind nicht unbegrenzt sinnvoll und wirtschaftlich machbar, wurden aber in einem erheblichen Umfang realisiert. Das sind die natürlichen Grenzen, an die wir gestoßen sind.

An den Hochschulen gibt es definitiv keine Reserven mehr. Dafür sind die Aufwüchse der vergangenen Jahre schon zu groß gewesen: Wir haben mehr als eine Verdopplung der Anfängerzahlen in den letzten acht Jahren gehabt, Das soll nicht zulasten der Qualität gehen. Es ist natürlich immer unsere Maxime, dass auch die Studierenden aus dem doppelten Abiturjahrgang nicht auf schlechtere Studienbedingungen stoßen sollen als die Studierenden, die in den vergangenen Jahren angefangen haben.

Aus Sicht der Fachhochschulen werden Studienanfängerinnen und -anfänger in diesem Herbst auf eine angespannte Situation an den Hochschulen treffen, aber sie werden vergleichbare Einstiegshürden – so vorsichtig möchte ich das ausdrücken – vorfinden, und sie werden auch vergleichbar gute Studienbedingungen wie in den Vorjahren vorfinden.

Absehbar kritisch ist sicherlich die Situation bei den Mensen, beim Catering und - regional unterschiedlich - beim studentischen Wohnen. Die Studentenwerke sind sicherlich zu spät am Prozess beteiligt worden. Die Hochschulen sind nur sehr begrenzt in der Lage, von den Mitteln des Hochschulpakts, die für die Lehre geplant sind, diese 20.000 € für einen Bachelorstudienplatz, noch Gelder abzuzweigen und dann etwa Mensaerweiterungen vorzusehen. Das würde zulasten der Qualität gehen.

**Christoph Husemann (Landes-ASten-Treffen Nordrhein-Westfalen):** Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sehen in der aktuellen Hochschulsituation, dass verschiedene Universitäten mit verschiedenen Konzepten auf den doppelten Abiturjahrgang reagieren. Im Fall der TU Dortmund – das sei exemplarisch hervorgehoben – werden NCs massiv angehoben, um die Qualität der Lehre zu gewährleisten und die Studierendenzahlen im besten Fall möglichst konstant zu halten.

Dabei ist natürlich zu kritisieren, dass viele Schülerinnen und Schüler aufgrund dieser höheren NCs Schwierigkeiten haben werden, einen Studienplatz zu bekommen. Wir müssen uns irgendwann die Frage stellen, inwiefern der Name des Abiturs als allgemeine Hochschulreife überhaupt noch zutreffend ist, wenn die NCs so einen großen Einfluss auf den Erhalt eines Studienplatzes haben.

Hinzu kommt, dass gerade verstärkt durch den Ansturm des doppelten Abiturjahrgangs auch die Masterplätze knapp werden. Viele Universitäten erheben oder erhöhen nach dem Bachelor auch NCs auf den Master. Da sind wir natürlich in einer problematischen Situation, weil der Bachelor Studien zufolge in der Wirtschaft tatsächlich nicht als Hochschulabschluss anerkannt, sondern der Master meistens vorausgesetzt wird.

Andere Universitäten wie beispielsweise die Universität Paderborn, in der ich seit fast zwei Jahren in der „AG Doppelter Abiturjahrgang“ zur Vorbereitung auf die erhöhten Studierendenzahlen bin, reagieren anders. Sie stellt sich auf eine massive Erhöhung der Lehrkapazitäten ein. Dabei muss natürlich vor allem darauf geachtet werden, dass die Qualität der Lehre aufrechterhalten wird. Das ist natürlich vor allem mit mehr Personal zu stemmen. Räume müssen natürlich auch erweitert werden; das

wird bei vorübergehenden Erhöhungen der Studierendenzahlen etwas schwierig. Zumindest an der Universität Paderborn versuchen wir zumindest, auf Randzeiten auszuweichen. Nichtsdestotrotz ist natürlich das Problem mit dem Lehrdeputat, das vor allem der Mittelbau in den Universitäten stemmen muss, ziemlich hoch und dadurch schwierig abzufedern.

Wir kritisieren ganz klar und ganz stark erste Tendenzen, dass große Veranstaltungen per Videostream in mehrere Hörsäle übertragen werden, um Lehrkapazitäten zu sparen, weil wir dadurch einen Verlust der Qualität der Lehre hinsichtlich Diskussionskultur und kritischer Fragen in Veranstaltungen sehen. Man muss aufpassen, dass die Mittel bereitgestellt werden und dass Personal eingestellt wird, damit sich solche Konzepte nicht durchsetzen.

Weiterhin sehen wir ein Problem mit den Bibliotheken. In den letzten Jahren ist hierbei keine Anpassung des Budgets an steigende Studierendenzahlen von Landesseite realisiert worden. Dadurch sehen wir ganz klar, dass der Buchbestand pro Studienplatz immer stärker sinkt. Die räumlichen Kapazitäten wurden in den meisten Universitäten und Hochschulen auch nicht erweitert. Viele Universitäten wie auch die Universität Paderborn versuchen, das durch verlängerte Öffnungszeiten abzufedern. Aber hierbei hat man ganz klar das Problem, dass häufig Mittel für das Personal fehlen, um das wirklich sicherzustellen. Dort besteht dringender Handlungsbedarf.

Als letzten Punkt möchte ich gerne auf die Herausforderungen durch die heterogene Vorbildung der Studienanfänger eingehen. An dieser Stelle besteht natürlich durch den doppelten Abiturjahrgang auf der einen und durch die Öffnung der Hochschulen auf der anderen Seite auch für überberufsqualifizierende Ausbildungen etc. die Situation, dass an den Hochschulen die Studienanfänger in vielen verschiedenen Bereichen eine viel heterogenere Vorbildung haben, als das in der Vergangenheit der Fall war. An dieser Stelle müssen Konzepte her, wie diese heterogene Vorbildung erkannt und dann damit umgegangen werden kann: durch Anpassungs- oder Vorkurse. Hierfür müssen die Zuständigkeiten eindeutig geklärt werden, da die Universitäten und Hochschulen momentan weder in der Lage sind, noch es als ihren Verantwortungsbereich ansehen, sich darum zu kümmern.

Es ist im Sinne des Landes und aller Menschen in diesem Land, dass die Studienanfänger nicht in den ersten Semestern abbrechen müssen, weil sie frühzeitig nicht auf Lücken hingewiesen wurden und keine Unterstützung erfahren haben.

**Helga Fels (Arbeitsgemeinschaft der Studentenwerke im Lande Nordrhein-Westfalen, Bielefeld):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich schließe mich der Stellungnahme von Herrn Prof. Timmermann an, weil wir sie miteinander abgestimmt haben. Eine eigene Stellungnahme zu NRW zu bringen, erübrigt sich damit. Ich stehe aber nachher gern für Fragen, soweit es um wirkliche Engpässe geht – wo werden Wohnplätze gebraucht etc. –, zur Verfügung.

**Prof. Dr. Dieter Timmermann (Deutsches Studentenwerk, Berlin):** Schönen guten Tag, meine Damen und Herren! Ich habe zehn Punkte, die ich Ihnen in drei Minuten vortrage.

Erstens. In einer Hochschullandschaft der fast 40 Jahre dauernden Unterfinanzierung wird auch in den Hochschulpakten die Unterfinanzierung fortgeschrieben. Ein Kardinalfehler, wenn nicht sogar ein Skandal ist es, dass die von der EU und den Hochschulpolitikern aller Couleur beschworene soziale Dimension des Studiums in den Hochschulpakten so gut wie nicht vorkommt.

Zweitens. Das Deutsche Studentenwerk hätte sich gewünscht, dass a) die schwarz-gelbe Landesregierung die Zuschüsse an die Studentenwerke nicht gekürzt und b) die rot-grüne Landesminderheitsregierung die Studentenwerke wieder stärker gefördert hätte. Letzteres war wohl wegen des als verfassungswidrig beklagten und gestern als verfassungswidrig verurteilten Haushaltes 2011 nicht möglich.

Drittens. Für 2013 stehen den Hochschulen des Landes ca. 1,8 Milliarden € Hochschulpaktmittel zur Verfügung, etwa die Hälfte kommt vom Bund. Für die Studentenwerke, das heißt für die soziale Dimension des Studiums, ist in dieser Summe kein Cent vorgesehen. Auch das Konjunkturpaket II diente nicht der Schaffung zusätzlicher Wohnheimplätze, sondern der Sanierung alter Wohnheime. Das war notwendig und richtig. Das haben wir immer begrüßt.

Viertens. Die jetzige NRW-Landesregierung plant für 2013 eine Erhöhung der Zuschüsse an die Studentenwerke mit dem Ziel, deren personelle Ausstattung für die Bearbeitung der BAföG- und anderer Anträge zu verbessern. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Fünftens. Ferner plant die Landesregierung, ab 2013 ein jährliches zinsverbilligtes Kreditvolumen von 50 Millionen € für den Ausbau von Wohnheimplätzen bereitzustellen. Offen ist allerdings, wie lange dieses Programm laufen soll. Das würden wir gern wissen. Zurzeit verfügt Nordrhein-Westfalen über 50.000 öffentlich geförderte Wohnheimplätze; bezogen auf 630.000 Studierende sind das 7,9 %. Die für 2013 geplanten zusätzlichen 750 Plätze würden die Quote auf 8,0 % erhöhen. Das ist ein ziemlich bescheidener Beitrag.

Sechstens. Bezogen auf die in 2013 veranschlagten Hochschulpaktmittel von 1,8 Milliarden € machen die 53,65 Millionen € für die Studentenwerke knapp 3 % aus, bezogen auf den Landesanteil knapp 6 %.

Siebtens. Für 2014 und 2015 ist eine Absenkung des zusätzlichen Zuschusses an die Studentenwerke für die Antragsbearbeitung von 3,65 Millionen € um jährlich 300.000 € vorgesehen. Das bedauern wir, halten es für sachunangemessen und wüssten gerne den Grund dafür.

Achtens. Das Deutsche Studentenwerk begrüßt sowohl die Unterstützung der Studentenwerke im Bereich der personellen Ausstattung zur Bearbeitung vor allem der BAföG-Anträge wie auch das 50-Millionen-Programm zur Schaffung zusätzlicher Wohnheimplätze. Wir würden uns aber die 50 Millionen € als nicht rückzahlbare Dar-

lehen à la Bayern wünschen, das Wohnheimplätze übrigens mit bis zu 26.500 € pro Platz fördert.

Neuntens. Zinsen – wenn auch verbilligt – und Tilgungsmittel müssen von den Studentenwerken erwirtschaftet werden. Die öffentlichen Zuschüsse – das sei nur nebenbei gesagt – machen ohnehin nur noch 10 % der gesamten Einnahmen der Studentenwerke aus. Das waren in den 90er-Jahren noch 25 %. Man könnte das auch als Indikator des Rückzugs der öffentlichen Hände aus der Förderung der sozialen Dimension des Studiums interpretieren. Das tue ich im Moment nicht, ich sage nur: Man könnte das.

Das Erwirtschaften der Zinsen und der Tilgungsmittel wird nicht ohne höhere Wohnheimplatzmieten und/oder höhere Mensapreise und/oder höhere Beiträge der Studierenden gehen – vor dem Hintergrund, dass die Fördersätze und Freibeträge beim BAföG auch in diesem, im dritten Jahr nach 2010, nicht angehoben werden.

Dazu ist für Sie die Information wichtig, dass der BAföG-Bedarfssatz für auswärtiges Wohnen bei 224 € pro Monat liegt. Die Altbestandsmieten in alten Wohnheimen liegen im Schnitt bei 214 €. Bei Wohnheimneubauten liegen sie zwischen 220 und 350 €. Bei Kreditförderung – das ist hier beabsichtigt – werden sie etwa bei 300 € pro Monat liegen – weit oberhalb des Bedarfssatzes.

Zehntens. Generell gilt: Die Mehrbedarfe an Wohnheimplätzen und Mensakapazitäten sind standortspezifisch unterschiedlich. Dazu könnte Frau Fels für Nordrhein-Westfalen sicherlich mehr sagen.

Ich schließe mit der Bitte bzw. mit dem Appell, die soziale Dimension des Studiums ernst zu nehmen, sie nicht nur in den vielen Sonntagsreden zu beschwören, sondern die Reden durch angemessene Ressourcenausstattung der sozialen Dimension zu dokumentieren. Ein erster Schritt bestünde darin, das 50-Millionen-€-Kreditprogramm durch nicht rückzahlbare Darlehen zu ersetzen.

**Matthias Nick (AStA der RWTH Aachen):** Meine Damen und Herren! Vieles von dem, was ich zu sagen hätte, ist schon gesagt worden. Damit will ich Sie nicht noch einmal langweilen. Ich gehe deshalb auf ein paar Punkte etwas spezifischer ein.

Erstens. Ich glaube, dass das Problem, vor dem wir alle zusammen schon länger stehen, nicht allein ein Problem der Landesregierung ist, sondern dass das auch im Bund und auf kommunaler Ebene problematisch ist. Im Bund könnte ich mir beispielsweise beim BAföG vorstellen, dass man auf den Nachweis üblicher Leistungen im vierten Fachsemester verzichtet. Damit könnte man viel Verwaltungsaufwand abbauen, da sowieso die meisten Studierenden diesen Nachweis erhalten. Auf kommunaler Ebene kann ich ein Beispiel bei uns aus Aachen geben. Bei uns wollte das örtliche Studentenwerk ein neues Wohnheim mit etwa 350 Plätzen bauen. Dies wurde ihm untersagt; die Genehmigung wurde ihm verweigert, weil dieses Gebäude laut

dem Architektenbeirat der Stadt Aachen nicht schön genug sei. Man kann darüber diskutieren, ob die Probleme der Studierenden, eine Unterkunft zu finden, wichtiger als die optische Schönheit der Stadt Aachen sind; das muss jeder für sich selbst entscheiden. Ich bin der Ansicht, dass man in dieser speziellen Situation zumindest auch die Probleme der Studierenden sehen sollte.

Zweitens, auch ein Bauproblem: Die Finanzierung an sich genügt nicht. Wir stellen das auch in Aachen fest, wo wir ein neues Hörsaalzentrum bauen. Die Fertigstellung hat sich inzwischen um anderthalb, wenn nicht gar zwei Jahre verzögert. Es wird auch zum Beginn des doppelten Abiturjahrgangs in diesem Herbst nicht fertiggestellt. Deshalb wurde eine Interimslösung gefunden, die aber mit Blick auf die Qualität nicht dem entspricht, was man erwarten würde. Das Problem ist, dass hierbei viel mehr Zusammenarbeit gefordert gewesen wäre. Das ist dann aber nicht in dem Maße passiert.

Zuletzt – ich fasse mich tatsächlich kurz – ende ich mit dem Aspekt, mit dem ich auch in meiner schriftlichen Stellungnahme geendet habe: Es ist nicht zielführend, dass wir uns zum jetzigen Zeitpunkt Gedanken darüber machen, wer schuld daran ist, was nicht funktioniert und was nicht funktioniert hat. Man sollte sich eher Gedanken darüber machen, was man jetzt noch in der kurzen Zeit tun kann, um die bestehenden Probleme möglichst zu minimieren.

**Peter Silbernagel (Philologenverband Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nun den Fokus auf ein anderes Problem und nicht auf die soziale Situation der Studierenden richten, nachdem sie an den Universitäten oder Fachhochschulen sind, sondern auf die Situation zuvor. Der nordrhein-westfälische Philologenverband befürchtet, dass im Jahr des Doppelabiturjahrgangs 2013 die vorhandenen Studienkapazitäten absolut nicht ausreichen, um den Studierwilligen in Nordrhein-Westfalen einen gewünschten Studienplatz anbieten zu können.

Wenn dies eintritt – das sage ich in aller Deutlichkeit –, war die Schulzeitverkürzung vergebens. Denn es wäre eine bildungspolitische Katastrophe, jetzt Tausenden von Studierwilligen zu sagen, sie sollten sich zuerst einmal in Warteschleifen mit Wartezeiten begeben, um dann erst ein Studium irgendwo, irgendwie und zu irgendwelchen Konditionen aufzunehmen.

Wenn ich die Zahl des Wissenschaftsministeriums von 122.900 erwarteten Studienanfängern im Jahr 2013 zugrunde lege und gleichermaßen weiß, dass rund 179.000 Abiturienten in diesem Jahr fertigwerden – darunter 50.000, die zusätzlich fertigwerden –, kann ich nur sehr schwer nachvollziehen, dass wir im Vergleich zur Studienanfängerzahl im letzten Jahr einen Aufwuchs von 5.900 Studienanfängern haben und dass wir damit alle Kapazitätsprobleme des Doppelabiturjahrgangs lösen können.

Da hilft es auch wenig, dass die Prognosen der Kultusministerkonferenz, die häufig beschworen werden, dokumentiert werden. Denn diese Prognosen haben sich schon in den letzten Jahren als unzureichend erwiesen.

Ich erwähne in diesem Zusammenhang, dass wir im gerade zu Ende gegangenen Wintersemester in Nordrhein-Westfalen bei den öffentlich-rechtlichen Universitäten und Fachhochschulen einen Kapazitätsrückbau von 2.300 Plätzen erlebt haben. Das passt nach meinem Dafürhalten nicht zur Studierwilligkeit sowie zur Zahl der fertig werdenden Abiturientinnen und Abiturienten. Das Wissenschaftsministerium meint, alles sei okay. Wir als nordrhein-westfälischer Philologenverband können diese Aussage zur Beruhigung absolut nicht nachvollziehen. Wir befürchten, dass ein Verwirrspiel um Zahlen betrieben wird.

Wir machen die unzureichenden Kapazitäten auch daran fest, dass der Numerus clausus nach unseren eigenen Recherchen – ich verweise auf die Anlage zu unserer Stellungnahme – an den meisten Hochschulen in Nordrhein-Westfalen geklettert ist. Vor zwei bis drei Jahren haben wir noch davon gesprochen, dass rund 30 % der Fächer mit Numerus clausus belegt sind. Vor einigen Wochen hörten wir, dass nun annähernd 50 % der Fächer einen Numerus clausus besitzen.

Aber noch spannender ist, in welche Höhen dieser Numerus clausus klettert. Diese Situation passt nicht mit der Aussage zusammen: Wir wollen mehr Studierwillige und mehr Studierbereite. Wir wollen mehr Akademiker. – Auf der anderen Seite werden junge Menschen ausgebremst.

Wir erwarten, dass es eine Dokumentation derjenigen gibt, die an einer ganz bestimmten Hochschule in Nordrhein-Westfalen studieren wollen, und der Zahl derjenigen, die an dieser Hochschule aufgenommen werden. Denn es nützt uns wenig, Folgendes zu sagen: Die Hochschulen führen an, dass sie alle verfügbaren Kapazitäten und somit mehr als 6.000 Studienplätze zur Verfügung gestellt hätten, während wir gleichermaßen wissen wir, dass es fünf- bis sechsmal so viele Studienbewerber gibt – ungeachtet der Tatsache, dass sich der Einzelne an mehreren Hochschulen bewirbt, was gleichermaßen einkalkuliert ist.

Wir können nicht nachvollziehen, dass behauptet wird – ich zitiere die Wissenschaftsministerin –: Die jungen Frauen und Männer können kommen, wir freuen uns auf sie, weil die Hochschulen und das Land Nordrhein-Westfalen gut vorbereitet sind! – Wir sehen diese gute Vorbereitung nicht. Wir befürchten, dass wir in diesem Jahr ein Desaster erleben könnten. Ich wiederhole mich: Das hätte nicht nur Auswirkungen auf den Hochschulbereich, sondern auch für den Schulbereich – Stichworte: G8 und Schulzeitverkürzung. Am schlimmsten aber sind die Auswirkungen für die einzelnen Betroffenen.

**Prof. Dr. Hans-Hennig von Grünberg (Präsident der Hochschule Niederrhein, Krefeld):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! An der Hochschule Niederrhein wird es kein Desaster geben. Es wird eine volle, aber keine überfüllte Hochschule sein. Wir haben 2010 146 % Auslastung gehabt. Damals hatten wir ungefähr 10.043 Studierende. Wenn man daraus die Normalauslastung berechnet, käme man

auf 7.000 Studierende. Dann ist diese Auslastungszahl aufgrund der Hochschulpaktmittel in den letzten zwei Jahren kontinuierlich auf etwa 135 % zurückgegangen. Dann stieg sie wieder an, weil der Effekt sozusagen dadurch überkompensiert wurde, dass die Studierendenzahl wieder anwuchs. Wir werden jetzt wieder 146 % haben. Damit hätte die Kurve im Diagramm eine U-Form. Wir rechnen mit einer Auslastung in Höhe von etwa 150 % im Jahr 2013.

Wir haben uns das einmal hochrechnen lassen: Wir werden im Spitzenjahrgang im Wintersemester 2014/2015 14.200 Studierende haben. Das sind fast doppelt so viele wie die Zahl, für die wir ausgelegt sind. Das ist das Problem. Wir haben in ganz erheblichem Umfang Hochschulpaktmittel bekommen und diese zum Großteil verwendet, um Personal einzustellen. Studierende werden das Gefühl haben: Es ist voll, aber es ist nicht übervoll. Wir haben die Raumauslastung geprüft und uns Seminare sowie Hörsäle vom HIS analysieren lassen. Wir haben das Gefühl, dass wir jedenfalls an der Hochschule Niederrhein gut vorbereitet sind.

Es handelt sich natürlich nicht um einen normalen Jahrgang. Das weiß jeder. Aber ich denke mit Blick auf diesen Jahrgang, dass sich Politik und Hochschulen wirklich gut darauf vorbereitet haben. Seit drei Jahren sprechen wir von nichts anderem. Das Geld ist rechtzeitig gekommen. Wir konnten es investieren. Bei den Bauwerken – das ist auch bei uns so – hat es länger gedauert, als gedacht. Das bedaure ich auch. Es wäre schön, wenn wir da weiter wären. Aber beim Personal sind wir meines Erachtens gut aufgestellt.

Wenn man die Betreuungsrelation ansieht, stellt man fest: Wir liegen ein bisschen über den Zahlen vom Bund, aber nicht dramatisch darüber. Die Zahlen sind immer noch gut. Die Panikmache ist völlig unangebracht.

Ein anderes Problem beunruhigt mich derzeit am meisten, nämlich die Frage, wie wir finanziert werden. Ich habe versucht, das im letzten Absatz meiner Stellungnahme zu beschreiben. Im Jahr 2013 bekommt die Hochschule Niederrhein vom Land 49,3 Millionen € verlässliche Haushaltsmittel. Dann bekommen wir 6,6 Millionen € Qualitätsverbesserungsmittel. Aus Hochschulpaktmitteln erhalten wir 34,3 Millionen €. Das sind insgesamt gut 90,5 Millionen € ohne Drittmittel und ohne Sonderzuwendungen. 55 % unserer Zuweisungen im Jahr 2013 sind feste verlässliche Mittel. 45 % sind temporäre Mittel. Diese geben wir auch für Personal aus, aber jeder fragt dann: Kann ich bleiben? – Jedem sagen wir: Nein, wahrscheinlich nicht, denn es sind temporäre Mittel.

Diese Lage ist wirklich dramatisch, weil man natürlich nie weiß: Mietest du das jetzt? Kaufst du ein neues Haus? Baust du einen neuen Hörsaal? Holst du Personal? Oder kümmerst du dich jetzt bei jedem, den du einstellst, schon wieder um den Abbau? Wenn man eine Hochschullandschaft aufbauen will, ist ein langer Atem von fünf bis zehn Jahren notwendig. Wenn man den nicht hat, tut sich nichts außer einer erratischen Bewegung, die zu nichts führt. Dieses Problem muss man sehen.

Man muss bei allen Konzepten langfristig arbeiten. Sowohl die vorherige als auch die jetzige Landesregierung haben das mit Blick auf den Hochschulpakt gut gemacht.

Man fühlt sich als Hochschule – ich jedenfalls – zwar nicht in den Arm genommen, aber sozusagen gut aufgehoben.

Ich finde auch die Idee der Verstetigung gut, die die jetzige Landesregierung auf den Weg gebracht hat. 40 % der Anfänger sollen an Fachhochschulen arbeiten. Das finde ich wichtig. Ich hätte mir eine höhere Zahl gewünscht. Denn immer wird von der Fachhochschule Folgendes gesagt: 33 % aller Studierenden sind an Fachhochschulen. – Das stimmt, wenn man über alle Fächergruppen mittelt. Aber wenn man die gleichen Fächergruppen betrachtet, sind die Zahlen ganz anders. 66 % aller BWL-Studenten sind Fachhochschüler, rund 55 % aller Ingenieurstudierenden sind an Fachhochschulen. 48 % der Studierenden der Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sind an Fachhochschulen. Die Idee, mehr Kapazitäten an Fachhochschulen zu begründen, weil sie einfacher zu finanzieren sind, und dafür an den Universitäten langfristig umzuschichten, finde ich in diesen Jahren, in denen das noch möglich ist, ganz vernünftig. Ich würde anraten, sie weiter zu verfolgen.

Ich würde auch die Fachhochschulen stärker mit Blick auf ihren Forschungs- und Transferauftrag fördern und ihnen bewusst machen, was die Gesellschaft auch in dieser Hinsicht von ihnen erwartet. Die Diskussion, die wir hier führen, was ein Fachhochschulstudium heute sein kann und wohin das mit Blick auf die gesellschaftlichen Anforderungen führen kann, halte ich für mehr als wünschenswert und richtig.

Konzepte der Landesregierung? Meine Meinung ist, dass wir beim Bauen ein Jahr zu spät sind. Beim Personal ist das Timing sehr gut.

**Stellv. Vorsitzende Heike Gebhard:** Damit sind alle anwesenden Expertinnen und Experten zu Wort gekommen. – Es ist nun an den Kolleginnen und Kollegen, die Experten zu befragen.

**Oliver Bayer (PIRATEN):** Ich möchte zunächst einmal auf den studentischen Wohnraum zu sprechen kommen. Dazu haben Studierendenvertreter und das Deutsche Studentenwerk ausgeführt, die Förderung für studentischen Wohnraum und Mensen seien nicht ausreichend. Dazu habe ich Fragen an Frau Fels, Herrn Prof. Dr. Timmermann und die ASten.

Zunächst stelle ich die sehr schwierige Frage: Wie hoch ist denn der Mehrbedarf in NRW?

Weiterhin hatte Herr Prof. Dr. Timmermann so schön ausgeführt, mit den zusätzlichen Darlehen für Wohnheimplätze würde man von 7,9 % auf 8,0 % kommen. Ich habe mir spontan gedacht: Ist das eine wirkliche Erhöhung der Quote? Haben Sie die Zunahme der Studierenden schon einberechnet, oder haben Sie auf Basis gleicher Studierendenzahlen gerechnet? Ich hätte gedacht, dass die Quote sinkt, wenn man die Studierendenzahlen dazu nimmt.

Besonders interessieren mich - was Herr Prof. Dr. Timmermann schon angesprochen hat - die standortspezifisch unterschiedlichen Bedarfe. Mich interessiert vor allem – Frau Fels sollte etwas dazu sagen können –, ob das mit der Stadtentwicklung korreliert. Hat man in den Städten, die schrumpfen, den geringsten Bedarf, weil dort genügend andere Wohnungen frei sind, während in Städten wie Münster, Düsseldorf oder Köln der Bedarf besonders hoch ist? Oder gibt es beim studentischen Wohnen deutliche Unterschiede?

**Karl Schultheis (SPD):** Ich darf mich zunächst für die SPD-Fraktion bei den Anzuhörenden bedanken, dass sie den Weg zu uns gefunden haben – insbesondere bei Herrn Prof. Dr. Timmermann als Präsident des Deutschen Studentenwerks. Das ist ein gutes Signal für Nordrhein-Westfalen. Ich richte den Dank darüber hinaus an die Fachhochschulen: sowohl an Herrn Prof. Dr. Sternberg als auch an Herrn Prof. Dr. von Grünberg. Denn die Fachhochschulen haben beim Aufbau zusätzlicher Studienkapazitäten aus unserer Sicht Vorbildliches geleistet.

Darauf richtet sich meine Frage. Herr Silbernagel hat gesagt, Studienkapazitäten seien abgebaut worden. Für die Fachhochschulen ist dies, wenn ich das richtig sehe, sicherlich eine Behauptung, die nicht stimmen kann. Leider ist Frau Prof. Dr. Gather heute nicht abkömmlich, sodass sie für die Universitäten hierzu nicht Stellung nehmen kann. Aber nach den uns vorliegenden Zahlen hat es keinen Rückbau von Studienkapazitäten gegeben. Mich interessiert, wie Sie beim Aufbau der Studienkapazitäten nach einzelnen Fächern vorgegangen sind. Denn auch die Studiennachfrage ist sehr unterschiedlich. Wir denken im Landtag darüber nach, wie man ein Stück „Kundenorientierung“ für die Studienkapazitäten aufbauen und nachhaltig aufrechterhalten kann. Das ist ein wichtiger Punkt für die gesamte strategische Planung in unserem Land.

Bei den Wohnraumkapazitäten stimme ich Herrn Nick – ich komme auch aus Aachen – zu: Das ist ein riesiger Ärger. So etwas darf nicht sein. – Deshalb richte ich die Frage an Herrn Prof. Dr. Timmermann und an Frau Fels, ob es nicht sinnvoll wäre, das Zusammenarbeitsgebot für Hochschulen und Studentenwerke im Hochschulgesetz Nordrhein-Westfalen zu verstärken. Das hätte dann auch Auswirkungen auf die sozialen Einrichtungen wie Mensen etc. Wie können wir die Zusammenarbeit mit den Sitzkommunen verstärken?

Eine weitere Frage in Richtung der Studentenwerke stelle ich zum 50-Millionen-Bauprogramm. Herr Prof. Dr. Timmermann hat gefordert, es in nicht rückzahlbare Darlehen umzuwandeln. Ich verstehe darunter, dass es aus Ihrer Sicht Zuschüsse sein sollen. Denn sonst wäre es kein Darlehen.

(Zustimmung von Prof. Dr. Dieter Timmermann  
[Deutsches Studentenwerk])

Sie haben das Beispiel Bayern genannt. Sie haben einen Überblick über die gesamte Republik. Was ist dort Best Practice? Ist es Best Practice in Bayern, oder gibt es andere Bundesländer, die andere Angebote machen? Wir sind immer gern bereit zu lernen.

In der Tat sind die Zuschüsse für die Studentenwerke von der Vor-Vorgängerregierung gekürzt worden. Wir haben jetzt fast wieder den Zustand erreicht, wie er vor den Kürzungen war. Wir wissen, dass das noch immer – wenn man die Beteiligung der öffentlichen Seite an der Finanzierung ansieht – nicht mit den Zahlen aus den 90er-Jahren vergleichbar ist. Aber wir haben uns da ein Stück zurückgearbeitet – in einer Situation, in der wir alle aufgefordert sind, die Schuldenbremse einzuhalten. Hierzu meine Frage: Was ist Best Practice in der Republik beim Wohnraum, aber auch in anderen Bereichen?

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Auch ganz herzlichen Dank an die Expertinnen und Experten von der Grünen-Fraktion. Meine Frage schließt sich in gewisser Weise an die Frage des Kollegen Schultheis an. Herr Silbernagel hat einiges aus seiner Sicht sehr drastisch geschildert.

(Karl Schultheis [SPD]: Es war sehr konjunktivisch! –  
Gegenruf von Peter Silbernagel [Philologenverband Nordrhein-  
Westfalen])

Sie sagen, wir hätten es mit einem „Studierenden-GAU“ zu tun und dass „die Landesregierung Tausende von Studienanfängern im Stich lässt“. Daher möchte ich gern eine Rückfrage an Prof. Sternberg und an Prof. von Grünberg stellen, ob Sie das auch so drastisch sehen. Ich habe das in Ihren Stellungnahmen nicht geschildert gesehen. Leider ist die LRK der Universitäten heute hier nicht vertreten. Aber aus Sicht der Fachhochschulen hörte sich das doch sehr viel sachlicher an.

Ich frage Sie, Herr Silbernagel, wie Sie zu dieser Zahl von 5.900 zusätzlichen Studienplätzen kommen. Könnten Sie uns das noch einmal vorrechnen?

Eine weitere Frage bezieht sich auf den NC. Haben wir tatsächlich eine Erhöhung der NC-Fächer? Bedeutet das tatsächlich, dass wir weniger Studierende aufnehmen können? Wir haben viel mehr Geld aus dem Hochschulpakt II; in den nächsten Jahren fließen 2 Milliarden € nach Nordrhein-Westfalen. Das bedeutet, dass wir deutlich mehr Studienanfänger aufnehmen können. Wie wirkt sich das im Zusammenhang mit der NC-Situation aus?

Ferner frage ich Herrn Prof. Timmermann: Sie haben beklagt, dass die soziale Infrastruktur für die Studierenden im Hochschulpakt hätte eingeplant werden müssen. Wie können wir, das Studentenwerk und das Land Nordrhein-Westfalen, das gemeinsam auf den Weg bringen, um das bei den weiteren Verhandlungen zum Hochschulpakt besser zu implementieren? Ist das jetzt auch noch sinnvoll?

**Angela Freimuth (FDP):** Auch namens der FDP-Fraktion ein herzlicher Dank an die Sachverständigen. Ich habe einige Nachfragen, zunächst zu den Ausführungen von Herrn Husemann bezüglich des Anstiegs der Numerus-clausus-Fächer: Könnten Sie das präzisieren? Denn bislang haben wir die Aussage der Landesregierung, dass es nicht zu einem Anstieg der Numerus-clausus-Fächer und der Numerus-clausus-belasteten Studienplätze kommt.

Dann hätte ich gerne eine Erläuterung zur Begrifflichkeit der „heterogenen Vorbildung der Studienanfänger“. Was genau meinen Sie damit? Mit Blick auf die Erwartungshaltung, die Sie gerade hier artikuliert haben, frage ich: Wie sollte diese von Ihnen angedeutete Förderung ganz konkret nach Ihren Vorstellungen ausgestaltet werden?

Weiterhin habe ich eine Frage im Anschluss der Frage des Kollegen Schultheis nach den Platzkapazitäten. Insofern warte ich erst einmal die diesbezügliche Antwort ab. Ihre Einlassungen dazu, Herr Silbernagel, irritierten mich ein bisschen bzw. beinhalteten neue Informationen.

Ferner habe ich eine Nachfrage an Herrn Prof. Sternberg. Sie haben zaghaft angedeutet, dass Sie das alles unter der Maxime sähen, dass es keine Qualitätsverschlechterung gebe. Das eint uns an dieser Stelle. Wenn Sie allerdings die Hörsaalkapazitäten bis 22 Uhr, an Samstagvormittagen usw. nutzen, wirft das schon einige Fragen auf. Abends um 22 Uhr laufen einige Persönlichkeiten zur Hochform auf. Ich tue das eher weniger. Ich überlege mir gerade, wie es letztlich bei den Studierenden ankommt, dass sie abends um 21 Uhr ihre letzte Vorlesung haben. Wie muss ich mir das konkret vorstellen? Wie wird das mit den Qualitätsanforderungen in Übereinstimmung gebracht?

Ich habe zunächst einmal eine letzte Frage: Welche konkreten Empfehlungen haben Sie, um die aus Ihrer spezifischen Perspektive vorgetragenen Defizite wirksam zu beheben?

**Ralf Nettelstroth (CDU):** Auch im Namen der CDU-Landtagsfraktion darf ich mich bei den Sachverständigen sowohl für die schriftlichen Stellungnahmen als auch für die mündlichen Erläuterungen bedanken. Auch wir haben noch einige kurze Fragen. Neben denen, die schon gestellt worden sind, interessiert uns, etwas spezifischer vom Studentenwerk, von Frau Fels und Herrn Prof. Timmermann, zu erfahren, wie sich diese Bedarfe konkret darstellen. Das ist eben schon von Herrn Bayer angesprochen worden.

In diesem Zusammenhang habe ich die Frage, ob dieses erwähnte Kreditprogramm überhaupt von den Studentenwerken in Anspruch genommen werden wird oder ob sich gegebenenfalls andere Finanzierungsformen im weiteren Verfahren als attraktiver erweisen.

An die Vertreter der Fachhochschulen, sowohl an Herrn Prof. Sternberg als auch an Herrn Prof. von Grünberg, richte ich die Frage nach den Kapazitäten. Ich habe wahrgenommen, dass die Hochschule Niederrhein schon Kapazitäten von 150 % fährt. Da finde ich es schön zu hören, dass alles gut sei. Ich habe gelernt, dass eine Kapazität eigentlich mit 100 % ausgeschöpft ist. In diesem Zusammenhang interessiert mich die Frage nach dem Personalschlüssel. Sind Sie sowohl auf der Ebene der Professorenschaft als auch auf der Ebene des angesprochenen Mittelbaus entsprechend ausgestattet?

Sie haben die Frage nach der finanziellen Kontinuität gestellt. Dabei interessiert mich die Frage nach der Rekrutierung entsprechender Mitarbeiter. Ist man überhaupt in der Lage, interessantes und gutes Personal für diese Arbeit dort im Einzelnen zu finden?

Abschließend frage ich Herrn Silbernagel vom Philologenverband. Die Frage wurde durch den Beitrag von Herrn Husemann provoziert – Stichwort: heterogene Hochschulvoraussetzungen. Je nachdem, wie das konkretisiert wird – ich habe dazu eine ungefähre Vorstellung –, kann ich mir vorstellen, dass sich die Frage erhebt, wo Ansätze zu finden sind, damit die Hochschulreife, die eigentlich vorhanden sein sollte, auch tatsächlich gegeben ist. Man sollte nicht anfangen, auf der Hochschule noch nacharbeiten zu müssen. Denn dafür sind die Kapazitäten mit Sicherheit nicht vorhanden.

**Stellv. Vorsitzende Heike Gebhard:** Alle Expertinnen und Experten wurden mit Fragen bedacht, sodass ich Ihnen vorschlage, dass Sie in der gleichen Reihenfolge wie vorhin antworten.

**Prof. Dr. Martin Sternberg:** Zunächst einmal zu den Fragen von Herrn Schultheis und von Frau Seidl nach der Entwicklung bei den Studienplätzen: Nach meiner Kenntnis hat es keinen Abbau von Studienplätzen von 2011 zu 2012 gegeben. Sehr wohl war aber ein Rückgang der Studierendenzahlen sowohl an den Fachhochschulen als auch an den Universitäten zu verzeichnen; er war geplant. Woran das liegt, weiß ich nicht genau. Hat das vielleicht demografische Gründe? Ein Abbau von Studienplatzkapazitäten ist mir nicht bekannt.

Die Fachhochschulen haben im Vergleich von 2012 zu 2013/2014 etwa 6.000 zusätzliche Studienplätze vorgesehen. Das sind etwa 15 %. Wenn man überschlagsweise von einem Anteil von Studierenden mit allgemeiner Hochschulreife von 30 % ausgeht – dieser Anteil liegt in der Regel irgendwo zwischen 25 % und 50 %, bei den Fachhochschulen liegt er im Mittel vielleicht bei 30 % –, sehen wir, dass wir mit den 15 % die Verdopplung der Anzahl der Abiturienten relativ gut auffangen. Das sind jedenfalls die Prognosen. Wir sind an allen Stellen – das möchte ich betonen –, jedenfalls an allen Fachhochschulen bei der Vorbereitung über die Prognosen und über die Zielzahlen des Landes gegangen.

Dennoch ist es so, wie ich gesagt habe: Man hat keine Reserven mehr. Das hat auch etwas mit dem Numerus clausus zu tun. Zum einen darf man mit Blick auf den Numerus clausus nicht nur ein einziges Jahr betrachten, sondern das hat auch etwas mit den Vorjahren zu tun. Wenn ich in einem Fach ohne Numerus clausus mit 250 % volllaufe, was passieren kann – man hat 200 Studienplätze, und dann kommen 500 Leute, denn ohne NC gibt es keine Rechtsgrundlage, jemanden abzulehnen –, hat das Konsequenzen für die Folgejahre. Ich kann das vielleicht gerade noch ein Jahr lang stemmen, aber im nächsten Jahr nicht mehr. Dann reichen meine Kapazitäten überall nicht mehr aus. Das heißt, ich bin im nächsten Jahr gezwungen, in diesem Fach einen NC einzurichten, um die Qualität der Lehre sicherzustellen.

Da die Reserven fehlen, wird es immer schwieriger, etwas auffangen zu können. Insofern würde ich den NC nicht so sehr als ein Abwehrinstrument, sondern eher als ein Steuerungsinstrument sehen. Viele Studierende haben zwei, drei, vier oder fünf Prioritäten. Dann dient letztlich der NC dazu, ein bisschen zu sagen: „Hier ist es schon sehr voll, geh lieber mal anderswo hin“, was letztlich dazu führt, dass man ein ausgeglichenes Studierendenverhältnis hat.

(Karl Schultheis [SPD]: Also auch ein Verteilungsmechanismus!)

Natürlich würden wir uns wünschen, dass jeder jedes Fach an jedem Ort ohne jegliche Begrenzung studieren kann. Ich glaube, dass das nicht machbar ist.

Insofern ist es immer eine Frage des Mutes oder der Einstellung der Präsidien bzw. der Rektorate. Sagen sie: „Wir riskieren das einmal? Da wird nicht plötzlich die doppelte Anzahl an Studierenden kommen“? Oder sagen sie: „Wir brauchen eine Rechtsgrundlage, denn die Qualität ist uns wichtig, und wir wollen sicherstellen, dass wir zwar eine hohe Anzahl aufnehmen können. Aber wir können nicht mit der doppelten Anzahl zurechtkommen“? - Daher vermute ich, dass die Zahl der NC-Fächer in diesem Jahr 2013/2014 im Vergleich zu den Vorjahren zunimmt. Soweit ich richtig informiert bin, ist die Zunahme insgesamt gesehen, wenn man sich einen langen Zeitraum ansieht und zehn Jahre zurückschaut, nicht so dramatisch.

Wie wird beim Aufbau der Studienplätze vorgegangen? Gibt es einzelne Fächer, die bevorzugt sind? - Für die Fachhochschulen kann ich sagen, dass wir weitestgehend der Nachfrage gefolgt sind. Natürlich wäre die Versuchung groß gewesen, überwiegend Studienplätze für Betriebswirtschaft aufzubauen, die halb so viel wie ein Ingenieurstudienplatz kosten. Das ist nicht passiert. Wir haben tatsächlich die teuren Studienplätze wie zum Beispiel Ingenieurstudienplätze in gleicher Weise aufgebaut. Wir gehen davon aus, dass das in etwa der Studierneigung entspricht.

Zur Qualität will ich Folgendes sagen: Dass man in die Tagesrandzeiten ausweicht, hat etwas mit Bequemlichkeit zu tun. Zum einen müssen wir sagen, dass die Studierenden in diesem Jahr voraussichtlich mit etwas mehr Unbequemlichkeiten als in den Vorjahren zurechtkommen müssen. Dazu muss man möglicherweise auch Veranstaltungen in den Tagesrandzeiten rechnen. Wir hatten bereits in der Vergangenheit immer den Effekt, dass die Räume nicht ausreichend waren, wenn Veranstaltungen sehr stark frequentiert waren. Dann haben wir die Veranstaltungen zum Teil doppelt angeboten – meistens nicht zur gleichen Zeit, sondern zu unterschiedlichen Zeiten. Das führte zu dem Ergebnis, dass eine Zeit günstiger für die Studierenden war. Dann sind doch wieder fast alle zu dieser Zeit hingegangen, sodass der Hörsaal zu der anderen Zeit fast leer war. Dann haben sich die gewünschten Effekte nicht ergeben. Kurzum: Mit gewissen Unbequemlichkeiten und vielleicht mit zusätzlichen Mühen werden die Studierenden im kommenden akademischen Jahr rechnen müssen. Das muss man wohl so sagen, ansonsten würden wir uns in die Tasche lügen. Wenn Sie das als „Qualitätsabstrich“ bezeichnen, muss man sagen: Ja! - Auch in den Bibliotheken wird es enger werden; das ist ganz klar.

Wir sind da am Limit. Ich würde aber auch unsere jungen Leute als nicht so schlecht einschätzen. Wer wirklich studieren will und das tut, trifft auf vernünftige Bedingungen. Mit solch kleinen Unbilden wird man klarkommen müssen. Dass die Bedingungen mal nicht ganz so optimal sind, passiert einem im späteren Leben auch. Es kommt wirklich auf die Fragen an: Haben wir vernünftige Betreuungsrelationen? Kann ich die Professoren und Mitarbeiter ansprechen? Sind die für mich da? Kann ich meine Praktika machen? Sitze ich nicht zu fünft, sondern nach wie vor zu zweit an einem Versuch? Mache ich meine Hausarbeiten, und werde ich da persönlich beraten? Gibt es eine Studierendenberatung, wo ich wirklich hingehen kann? Oder stehe ich da in einer Schlange und komme nicht dran? - Das sind die ganz wesentlichen Dinge. Möglicherweise muss man tatsächlich auch mal bis abends in einer Vorlesung sitzen, selbst wenn es schwerfällt.

Zu den hohen Kapazitäten ist vorhin von Herrn Timmermann schon angesprochen worden: Wir kommen aus der Richtung einer strukturellen Unterfinanzierung des Hochschulsystems. Sie wird auch nicht durch den Hochschulpakt verbessert. Insofern muss man sagen: Eine Auslastung der Kapazität von 146 % gibt es nicht bei allen Hochschulen. Dafür ist die Hochschule Niederrhein ein Extrembeispiel. Sie liegt bei den Fachhochschulen zwischen 105 und gut 140 %. In Bochum liegt sie im Moment meines Wissens bei 108 % bzw. 110 %. Da würden wir uns natürlich 100 % wünschen, aber die Realität ist eben so. Deswegen habe ich gesagt: Wir wollen unseren Studierenden vergleichbare Bedingungen wie in den vergangenen Jahren bieten. Wir würden uns natürlich noch bessere wünschen.

In bestimmten Bereichen ist die Personalfrage sehr schwierig. Im Ingenieursbereich ist es sehr schwierig, Professoren- und Mitarbeiterstellen zu besetzen. Damit müssen wir klarkommen. Es gibt doppelte und dreifache Wiederholungsausschreibungen. Auch da gilt natürlich, dass wir keine Abstriche bei der Qualität machen wollen. Wir wollen nicht jemanden haben, der nur zweitklassig ist. Unter den jetzigen Voraussetzungen ist das sehr schwierig. Schlimmstenfalls bleibt dann die eine oder andere Stelle unbesetzt. Es hat aber noch halbwegs geklappt. Wir sind insgesamt recht zufrieden, dass wir tatsächlich auch für unsere MINT-Studienfächer Personal akquirieren konnten.

Aber wir können ganz gewiss nicht sehr kurzfristig zusätzliche Stellen besetzen. Wenn man jetzt zum Beispiel im Fach Maschinenbau feststellt, dass doch viel mehr Studierende kommen, können wir nicht plötzlich Maschinenbauingenieure vom Markt akquirieren, die so etwas machen würden. Denn es gibt sie gar nicht. Insofern ist da eine gewisse Planung notwendig.

**Christoph Husemann:** Vielen Dank für die Fragen. Ich bitte um Verständnis, dass sich Herr Bloemeke bereiterklärt hat, die Frage nach den NCs zu erläutern, weil er von einer Uni kommt, wo das Problem viel direkter vor Ort auftritt. An der Uni Paderborn ist es mit den NCs, wie ich eben ausgeführt habe, nicht so dramatisch, weil wir hochschulpolitisch eher den Weg fahren, sehr viele Studienplätze zu schaffen. Das kann zu den bereits angesprochenen Qualitätsverlusten führen.

Ich möchte gern auf die Frage nach der heterogenen Vorbildung eingehen. Dieses Thema haben wir in der „AG Doppelter Abiturjahrgang“ innerhalb der Universität Paderborn intensiv mit den Fakultäten diskutiert. Hierbei ist die Erfahrung aus den letzten Jahren einmal die Sorge hinsichtlich der Lehrpläne im Rahmen der allgemeinen Hochschulreife innerhalb des G8-Systems, dass beispielsweise in Mathematik einzelne Lehrinhalte weggefallen sind und dass man diese in Vorkursen aufgreifen muss.

Hierbei hat man auf der einen Seite eine heterogene Vorbildung zwischen Noch-Abiturienten in G9 und G8, während auf der anderen Seite die teilweise Öffnung der Hochschulen für diejenigen steht, die über andere berufsqualifizierende Abschlüsse hineinkommen. Beispielsweise ist es mittlerweile durch den handwerklichen Beruf des Meisters möglich, an einigen Stellen ein Hochschulstudium aufzunehmen. Das begrüßen wir politisch, aber nichtsdestotrotz muss man sich im Klaren darüber sein, dass in bestimmten Fächern die Vorbildung anders ausgeprägt ist, als es beispielsweise in der direkten Vorbereitung der allgemeinen Hochschulreife der Fall ist. Dort müssen - wie es bei uns diskutiert wird - Kompetenzprofile bestenfalls bei der Immatrikulation abgefragt werden. Bei uns wurde beispielsweise darüber diskutiert, Onlinetests einzuführen, die Auskunft darüber geben, ob ein weiterer und gegebenenfalls welcher Aufbau von Vorkenntnissen benötigt wird. Vorkurse in Mathematik sind bereits sehr verbreitet. Vielleicht muss man differenzieren, welche Kompetenzen in welchem Kurs aufgebaut werden, um eine Empfehlung an die Studienanfänger auszusprechen, damit sie schon vor Aufnahme des Studiums die Vorbildung in Vorkursen auf den erwarteten Stand bringen. In diesem Beispiel, das ich erläutere, ist das eine Idee, die aus den Hochschulen kommt und die sich bei den Hochschulen widerspiegelt. Allerdings ist nicht allen Hochschulen bewusst, dass diese Probleme bestehen. Nicht alle Hochschulen fühlen sich dafür direkt verantwortlich. An einigen Hochschulen – auch bei uns an der Universität – wurden schon Meinungen geäußert, das sei eigentlich Vor-Hochschul-Bildungsniveau und damit nicht Aufgabenbereich der Hochschulen.

Dafür fehlen Konzepte, was eigentlich die Voraussetzungen dafür sind, klare Zuständigkeiten und Mittel, die dafür bereitgestellt werden. Denn es ist kein marginaler Ansatz, beispielsweise differenzierte Onlinetests einzuführen, die die verschiedenen Kompetenzen klar einsortieren.

Dann möchte ich gern auf das Thema „Wohnen“ eingehen. Wir haben beispielsweise in Paderborn eine Deckungsquote von 6 %, das heißt, 6 % der Studierenden können bei unserem Studierendenwerk eine Wohneinheit anmieten. Wenn man die öffentlichen Zuschüsse, die 2008 als direkte Zuschüsse vom Land NRW gestrichen wurden und seitdem nur noch als Kredite zur Verfügung gestellt werden, betrachtet, stellt man auf der einen Seite fest, dass dadurch die Preise für Wohnheimeinheiten innerhalb der Studierendenwerke steigen. Auf der anderen Seite haben die Studierendenwerke aber einen gesetzlichen sozialen Auftrag, in einer gewissen Breite auf relativ günstigem Niveau Wohnraum anzubieten. Das ist bei Neubauten relativ schwer zu realisieren. Neubauten sind natürlich teurer als der Erhalt von Altbauten etc.

Wenn man sich ansieht, dass wir auf der einen Seite beim BAföG-Höchstsatz eine Wohnungspauschale von 224 € haben, dass auf der anderen Seite schon jetzt vom Studentenwerk deutlich höhere Mieten auch für Bestandsbauten gefordert werden müssen, stellt man fest, dass es bei Neubauten für die Studierendenwerke zu realisieren ist, günstige Mieten und Wohnheimplätze anzubieten – auch mit Blick auf die Kritik des Landesrechnungshofs, dass Studierendenwerke gar kein Kapital ansparen dürfen, um das notwendige Eigenkapital für Wohnprojekte selbst zur Verfügung zu stellen.

Wir haben in diesem Bereich lokal bei uns in Paderborn ein sehr großes Problem. Ich greife in diesem Zusammenhang die Frage auf, wie die Vernetzung zur Kommunalpolitik ist. Wir sind schon seit anderthalb Jahren in Gesprächen mit der Stadt. Man versucht natürlich, Lösungen dafür zu finden. Der Wille ist bei der Stadt auch vorhanden. Aber wenn Eigenkapital fehlt, sind die Möglichkeiten leider begrenzt.

**Johannes Bloemeke (Landes-ASten-Treffen Nordrhein-Westfalen, Köln):** Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Thema NCs: Wir haben uns häufiger auf den Landes-ASten-Treffen mit den ASten des Landes unterhalten. Fast jeder AStA sagt: Bei uns steigt die Zahl der Fächer, die mit Numerus clausus beschränkt sind. – Wir haben dazu keine Statistik, aber zumindest gefühlt steigen die Zahlen landesweit an.

Herr Sternberg hat schon schön die Situation angesprochen, dass es auf 200 Studienplätze durchaus 500 Bewerber geben kann. Was zeigt es uns denn noch mehr, als dass an dieser Hochschule bzw. in diesem Fach anscheinend Unterkapazitäten gibt?

Zum Thema „Etwas mehr Unbequemlichkeiten an den Hochschulen“: Wir beschreiben auch die Unbequemlichkeiten, aber wir nennen es anders, weil es zum Beispiel mit Blick auf Bibliotheken usw. nicht nur unbequem ist, sondern weil die Plätze nicht ausreichen.

Zum Thema „NC“ müssen wir sagen: NCs beschränken die Wahl der Schülerinnen und Schüler, sich das Fach oder den Hochschulstandort zumindest einigermaßen auszuwählen. Bei Fächerquoten in einzelnen Bereichen - zum Beispiel im Lehramt, egal, welches Lehramt gemeint ist – mit teilweise 60 % bis 100 % NCs an manchen Hochschulen, stellen wir fest: Das hat mit allgemeiner Hochschulreife eigentlich nichts mehr zu tun, weil es da Probleme gibt. Das ist nicht nur in Dortmund so. Auch die Uni Bochum hat im letzten Jahr aufgebaut, die Unis Duisburg-Essen und Aachen bauen auf. Alle Hochschulen schotten sich zwar nicht ab, aber versuchen, sich gegen einen übermäßigen „Ansturm“ zu wappnen, weil sie so viel nicht stemmen können. Da müssen wir fragen: Gibt es wirklich genügend Studienplätze? Und sind die Unis wirklich kundenorientiert? Bekommen die Studierenden ihren Studienplatz in dem Fach, in dem sie ihn auch haben wollen? Über den Ort können wir danach diskutieren, aber zunächst ist zu fragen: Gibt es überhaupt genügend Studienplätze in den gewünschten Fächern? Von Landesebene aus neigen wir mittlerweile dazu, das zu verneinen.

**Helga Fels:** Die spannende Frage, wo der Bedarf besonders groß ist, möchte ich folgendermaßen beantworten: Soweit es um das studentische Wohnen geht, gibt es sicherlich in Köln, Münster, Paderborn, Siegen und auch Aachen Engpässe. Im Ruhrgebiet gibt es bestimmt auch Engpässe, wenn man allein darauf abstellt, wo der Student wohnen möchte. Der Student möchte nicht bei den Eltern wohnen, er kann es aber im Ruhrgebiet. Deswegen ist dort der Engpass nicht so groß. Erfahrungsgemäß können die Studenten dort fahren.

An den anderen Standorten sieht es wirklich eng aus. In Paderborn wird im Moment sehr viel gemacht. Aber dort steigen die Studentenzahlen sehr, sodass es dort schwierig ist und nicht genügend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Die Bezahlbarkeit ist in der Tat ein Problem. Am Standort Bonn kann man nicht unbedingt sagen, dass dort eine Wohnungsnot herrscht. Aber trotzdem wird immer wieder gesagt: Wir haben Wohnungen, aber die sind viel zu teuer. – Für Studenten, die dorthin kommen, muss auch bezahlbarer Wohnraum mit Mieten um 220 € zur Verfügung stehen. Den gibt es dort nicht. Köln ist ähnlich. Zwar wird immer gesagt, dass Köln teuer sei, aber trotzdem gibt es dort auch arme Studenten.

Zur Frage nach dem 50-Millionen-€-Programm und den Bedingungen für Studentenwohnheime: Sie sind sicherlich mit Blick auf die Konditionen in den ersten 20 Jahren attraktiv. Es gibt auch einige Verbesserungen, da zum Beispiel festgeschrieben wurde, dass wir keine sogenannte Spitzabrechnungen durchführen müssen, sondern dass wir pauschal mit dem Studenten abrechnen können. Das ist sicherlich ein Vorteil, ebenso wie die Möglichkeit, mit der Kommune eine Vereinbarung zu treffen, dass kein Wohnberechtigungsschein vorgelegt werden muss. Das ist sicherlich auch für Studenten aus dem Ausland interessant. Das sind sicherlich Vorteile.

Aber ich habe nachgerechnet: Bei den Quadratmeterzahlen, die in diesen Bedingungen vorausgesetzt werden, plus einem Möblierungszuschlag, der meines Erachtens mit 20 € pro Wohnplatz recht dünn ist – dafür kann man gerade eine Küche einbauen, aber sehr viel mehr nicht, während der Student aus dem Ausland wahrscheinlich noch ein Bett und einen Schreibtisch zusätzlich braucht, was man damit nicht möblieren können wird – zuzüglich Betriebs- und Nebenkosten komme ich bei diesen Bedingungen ganz schnell auf 230 bis 240 €. Dann hat man aber noch nicht das, was ein Student gern hat, nämlich zum Beispiel einen Internetanschluss. Auch der muss vorgehalten werden und kostet.

Gefragt worden war, wie die Studentenwerke das Programm in Anspruch nehmen wollen. Bisher ist es sehr verhalten. Köln überlegt, es in Anspruch zu nehmen. Das Programm gibt es noch nicht so lange. Das Problem ist meines Erachtens, dass die ersten 20 Jahre attraktiv sind, aber dann muss man das Geld zu ganz normalen Kreditkonditionen zurückführen. Das wird unter Umständen deutlich teurer sein. Ferner wird auch immer wieder vergessen, dass ein Studentenwohnheim in den ersten 20 Jahren etwas stärker als ein gewöhnliches Wohnhaus abgenutzt wird. Daher muss man im Prinzip davon ausgehen, dass man nach 20 Jahren die ersten Sanierungsmaßnahmen durchführen muss. Dementsprechend muss man dafür in den ersten

20 Jahren Geld zur Seite legen, damit man Sanierungsmaßnahmen durchführen kann, wenn sie nötig werden. Eigentlich müsste man von Anfang an eine etwas höhere Miete verlangen. Man kann sie aber nicht nehmen, weil das Programm eine klare Obergrenze festgelegt hat.

Zur Gastronomie: Eng wird es überall, aber niemand muss Hunger leiden. Gerade im Ruhrgebiet ergeben sich große Engpässe, weil dort die Studentenzahlen ziemlich gestiegen sind. Da versucht man natürlich, alle Möglichkeiten auszureizen und zum Beispiel in den Cafeterien warmes Essen anzubieten. Der Anteil der sogenannten To-go-Produkte wird steigen. Man kann natürlich hinterfragen, ob es sich dabei um eine gesunde Ernährung handelt. Aber wir denken, dass es in solchen angespannten Situationen notwendig sein wird. Vonseiten der Studentenwerke versuchen wir schon seit Jahren, überall Erweiterungen durchzuführen, wo sie möglich sind. Aber manchmal ist es baulich gar nicht möglich, etwas Zusätzliches anzubieten.

Die Kooperation mit den Hochschulen ist häufig gut, manchmal auch noch verbesserungsfähig. Da geht es in erster Linie um die Öffnungszeiten. Wir würden unsere Öffnungszeiten natürlich gerne möglichst verbreitern. Vonseiten der Hochschulen gibt es manchmal das Problem, dass sie zwischen 12:30 Uhr und 13 Uhr ihre Mittagspause machen. Dann stehen alle in der Mensa, und das Chaos ist vorprogrammiert.

Das Thema „BAföG“ war gerade nicht sehr von Interesse. Wir bedanken uns dafür, dass Sie den Aufwandserstattungsbetrag angehoben haben, merken aber kritisch an, dass die Absenkung in den nächsten Jahren eigentlich nicht nachvollziehbar ist.

**Prof. Dr. Dieter Timmermann:** Mehrere Abgeordnete haben nach dem Wohnheimbedarf gefragt. Bevor ich dazu Stellung nehme, sage ich kurz zu Herrn Bayer von den Piraten: Die Bezugsbasis waren die 630.000; das habe ich Unterlagen entnommen. Das war die für 2013 geschätzte Zahl der gesamten Studierenden.

Zum Bedarf: Dahinter steckt im Grunde die Frage, ob es eine Sättigung an Wohnheimplätzen in Nordrhein-Westfalen oder auch in allen Bundesländern gibt. Das kann man gar nicht sagen. Wo könnte sie liegen? Unser Generalsekretär, Herr Meyer auf der Heyde, erzählte mir im Rahmen der Vorbereitung auf diese Anhörung, dass es Anfang der 90er-Jahre, als die deutsche Einigung anstand, eine Zielzahl von 20 % in der Politik gab: 20 % der Studierenden sollten in Wohnheimen wohnen. Das ist nicht der Fall, sondern derzeit sind es 12 %. In Nordrhein-Westfalen sind es in den öffentlich finanzierten Wohnheimen weniger. Um es ganz klar zu sagen: Die Frage, ob es eine Sättigung gibt, kann man nicht bestimmen.

Jetzt kommt mein kleines Aber: Wir im Studentenwerk in Berlin gehen davon aus, dass es mindestens drei Gruppen gibt, die Ansprüche auf Wohnheimplätze wahrnehmen können und die vermutlich eher mehr als weniger Bedarf äußern werden.

Erstens. Wir beobachten – das wird in der 20. Sozialerhebung noch deutlicher werden –, dass das niedrige Alter der Studienanfänger eine Rolle zu spielen scheint. Es gibt folgendes interessante Phänomen: Viele der jungen Studienanfänger – einige davon sind noch nicht 18 Jahre alt – kommen mit ihren Eltern, um beispielsweise BAföG-Anträge zu stellen. Da kommen also Kinder mit den Eltern in die Hochschulen und zu den Studentenwerken.

(Karl Schultheis [SPD]: Die Elternmitwirkung einführen!)

Jedenfalls beobachten wir da einen höheren Bedarf an Wohnwünschen in Studentenheimen als in den früheren Kohorten.

Zweitens gehen wir alle davon aus – so verstehe ich jedenfalls die Internationalisierungsstrategien der Hochschulen –, dass noch mehr ausländische Studierende nach Deutschland kommen sollen. Die ausländischen Studierenden wohnen auch gerne in studentischen Wohnheimen. Sie fragen Plätze nach. Wenn man das ernst nimmt, muss man davon ausgehen, dass dort die Nachfrage weiter steigen wird.

Der dritte Punkt ist in der gesamten Wohnheimdebatte noch überhaupt nicht erwähnt worden. Er hat damit zu tun, dass es an Universitäten schon seit einigen Jahren die Graduiertenkollegs, die Graduate Schools, gibt. In manchen muss der Anteil der ausländischen Doktoranden 50 %, in anderen nur 30 % betragen; das ist unterschiedlich. Aber auch die deutschen Doktoranden, die in diesen Graduate Schools bzw. Graduiertenkollegs studieren – sie haben in der Regel strukturierte Studienprogramme –, wohnen gerne und immer mehr in Wohnheimen. Das muss man nüchtern sehen.

Bei diesen drei Gruppen muss man zumindest davon ausgehen, dass der Bedarf nicht zurückgehen, sondern eher noch steigen wird. Die genaue Zahl ist aber wirklich Spekulation.

Ein weiterer Gesichtspunkt hat damit zu tun, dass in Deutschland die Debatte über Wohnungsmangel vor allem in bestimmten Städten wieder ganz generell begonnen hat. Dabei handelt es sich gleichzeitig oft um Universitäts- bzw. Hochschulstädte. Dabei geht es auch um sozialen Wohnungsbau. Wir haben jedenfalls in Berlin die Debatte um die Frage wahrgenommen: Wohinein sollen die Länder investieren – in sozialen Wohnungsbau oder in Wohnheimplätze für Studierende? Hierbei werden plötzlich Studierende und sozial Bedürftige als Konkurrenten im Wohnungsgeschäft gesehen; das ist problematisch. Die Situation ist komplexer. Wir setzen uns jedenfalls damit auseinander und hoffen, dass wir es trotzdem schaffen, Sie zu überzeugen, dass wir für Studierende mehr Wohnheimplätze benötigen.

Zur Zusammenarbeit von Hochschulen und Studentenwerken will ich gleich die Hochschulstädte mit hinzufügen. Das Deutsche Studentenwerk versucht seit einigen Jahren, diese Zusammenarbeit zu intensivieren. Ich bin zwar erst ein Jahr dabei, aber Ende 2011 gab es eine gemeinsame Veranstaltung mit dem CHE in Gütersloh, mit der HRK und mit dem Deutschen Studentenwerk über Fragen der Kooperation. Im Januar dieses Jahres gab es eine gemeinsame Veranstaltung von HRK und Studentenwerk zur Diversity. Es gab auch im letzten Jahr schon eine Veranstaltung zu Diversity mit dem Stifterverband und anderen. Es tut sich dort einiges. Das heißt

aber nicht, dass das gleich auf die Ebene der einzelnen Studentenwerke und der einzelnen Hochschulen durchdringt. Denn die 58 Studentenwerke sind sehr autonom und sehr selbstbewusst. Da kann man zwar oft sagen: „Ihr müsst mehr kooperieren“, aber manche tun etwas und andere weniger. Das ist nicht so ganz simpel, wie es auf den ersten Blick scheint. Aber wir bemühen uns. Wir versuchen, da mehr Anregungen seitens des Studentenwerks zu geben.

Die Frage nach Best Practice in der Wohnheimpolitik ist nicht ganz einfach zu beantworten. Ich habe nicht für alle 16 Bundesländer eine kleine und aktuelle Übersicht, würde aber sagen, dass Baden-Württemberg insofern im Moment die beste Förderpolitik macht, als es ein Fünf-Jahres-Förderprogramm hat. Es legt für fünf Jahre lang fest, was die Studierendenwerke erwarten können. Das ist sehr wichtig, weil es Planungssicherheit gibt. Andere - selbst Bayern beispielsweise - machen eine Hüthott-Politik – zwar nicht im Wohnheimbau, und auch die Mensen etc. werden bezuschusst. Aber Bayern hat 2010 eine Kürzung der Mensazuschüsse um 30 % verfügt, hat das 2011 wieder zurückgenommen. So ähnlich ist es in Hamburg gewesen. Auch was einzelne Studentenwerke tun, ist nicht immer so ganz homogen. Niedersachsen scheint relativ konstant zu fördern. Niedersachsen und Baden-Württemberg scheinen sehr berechenbar zu sein. Nordrhein-Westfalen ist nicht an der Spitze, aber auch nicht ganz unten.

Zum Thema „Soziale Dimensionen auf den Weg bringen“ haben Sie, Frau Seidl, gefragt, ob das noch sinnvoll ist. Klar, denn vermutlich bleibt der Ansturm auf die deutschen Hochschulen ungebrochen. Das Prognoseproblem ist heute schon öfters angesprochen worden. Die KMK hat sich ziemlich schnell korrigiert. Jetzt haben wir in der grafischen Darstellung eine nach hinten flacher werdende Ebene. Insofern bleibt noch Zeit genug. Jedoch ist es mit dem Bauen etwas schwierig, weil das immer etwas dauert. Auch die Mensen kann man nicht beliebig ausweiten. Aber man muss das in Angriff nehmen und tun.

**Matthias Nick:** Ich kann daran direkt anschließen. Bei uns in Aachen gibt es Schätzungen, und ich nenne einmal Zahlen: Wir haben im Moment 50.000 bis 55.000 Studierende in ganz Aachen an allen vier Hochschulen. Nach der Schätzung werden in der Spitze etwa insgesamt 5.000 zusätzliche Wohnungen gebraucht.

Dazu gibt es verschiedene Ansätze. Eine Seite geht davon aus, dass auch später 5.000 zusätzliche Wohnungen gebraucht werden. Die andere Seite sagt, dass es nachher wieder so viele werden, wie es im Moment sind. Bei uns wird in der Spitze von einer zehnpromzentigen Steigerung der Studierendenzahlen ausgegangen.

Weiterhin kann ich Herrn Prof. Sternberg ergänzen. Wir gehen davon aus, dass der Abfall der Studienanfängerzahlen 2012 am Nichtwegfall der Wehrpflicht in diesem Jahr liegt bzw. daran, dass sie 2011 weggefallen ist. Dadurch hatte man 2011 mehr Studienanfänger.

Zur Zusammenarbeit zwischen Studentenwerken und Kommunen greife ich das auf, was ich eben schon gesagt habe. Ich habe die Aussage gehört, dass sich die Entscheidungsträger in Aachen nicht an dem vorbeitragen, was der Architektenbeirat

empfiehlt. Wenn er sagt „Das darf nicht gebaut werden“, darf es nicht gebaut werden. Das ist unabhängig von anderen existierenden Dimensionen des Problems. Vielleicht ist da ein Umdenken nötig, sodass man nicht den Leuten, die es gestalten sollen, die komplette Macht darüber gibt, sondern auch Leuten, die eine etwas andere Sichtweise darauf haben.

Beim Numerus clausus kann ich Herrn Bloemeke ein bisschen toppen. Wir haben an der RWTH nur noch zwei Studiengänge ohne Numerus clausus. Das sind irgendwelche Lehrämter an Berufskollegs mit speziellen Fachrichtungen; ich weiß das nicht mit Sicherheit. Alle anderen Fächer haben einen Numerus clausus bzw. eine Zulassungsbeschränkung. Das findet sicherlich niemand positiv, liegt aber daran, dass unser Audimax 1.100 Personen fasst. Wenn wir 5.000 Anfänger im Maschinenbau hätten, könnte die Hochschule sie nicht im Vorlesungsraum unterbringen. Daran wird natürlich auch die Zulassungsbeschränkung berechnet:

Wenn man einen großen Hörsaal hat, der eine gewisse Anzahl Studierender fasst, berechnet die Hochschule auch daran ihren größten Studiengang. Dann muss sie sehen, welche Kapazitäten sie sonst noch vorhält, um die kleineren Studiengänge auch auslegen zu können. So funktioniert das zumindest bei uns. Das lässt sich nicht kurzfristig lösen. Man könnte zwar auch einen Hörsaal für 5.000 Menschen bauen, aber wie viel das noch mit Qualität in der Lehre zu tun hat, darüber kann man geteilter Meinung sein.

**Peter Silbernagel:** Zur ersten Frage: Herr Schultheis, es ist richtig, dass wir zwischen Studienanfängern in einem Studienjahr, also im Sommer- und Wintersemester, von Erstsemesterzahlen zu unterscheiden haben, die sicherlich im Wintersemester völlig anders als im Sommersemester aussehen. Davon sind weiterhin Kapazitäten zu unterscheiden. Ferner müssen wir davon die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber trennen.

Aber für mich ist es ausgesprochen schwierig nachzuvollziehen, dass wir - obgleich Nordrhein-Westfalen an der Bundesspitze derjenigen steht, die die Zahl der Fachhochschulbefähigten und der allgemein Hochschulbefähigten mit ca. 55 bis 56 % dokumentieren - heute von allen Rednern gehört haben, dass die Tendenz zum Numerus clausus sicherlich nicht rückläufig ist. Wir stellen gleichermaßen fest, dass sich die Zahl der Studienanfänger im Wintersemester 2011/2012 im Vergleich zum Wintersemester 2012/2013 um 2.300 unterscheidet und dass dies nicht auch damit zusammenhängt, dass es für Erstsemester weniger Kapazitäten gibt. Das ist von mir vielleicht ein bisschen kompliziert formuliert.

Sie sagten eben, im Fachhochschulbereich habe es keinen Abbau gegeben. Die Wissenschaftsministerin hat auf ihrer Pressekonferenz vom 25. Oktober schriftlich dokumentiert, dass 147 Studienanfänger im letzten Wintersemester im Vergleich zum vorherigen Wintersemester weniger zu verzeichnen sind. Bei den öffentlich-rechtlichen – ich beziehe mich auch bei den Fachhochschulen auf die öffentlich-rechtlichen 16 – und bei den anderen Universitäten und Hochschulen beläuft sich diese Zahl auf 2.199. Das macht zusammen rund 2.300. Das ist noch nicht mein Problem.

Mein Problem bzw. das Problem des Philologenverbandes sind die zur Verfügung gestellten Kapazitäten im Jahr 2013. Da komme ich auf die Zahl, Frau Freimuth, von 5.900. Denn ich sehe prognostizierte Studienanfängerzahlen in Höhe von 122.900. Dem steht die Studienanfängerzahl des letzten Jahres gegenüber, die ich schon über eine korrigierte Erstsemesterzahl bereinigt habe, die erst im November kam. Wenn ich diese Zahlen vergleiche, komme ich auf eine Differenz von 5.900.

(Widerspruch von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

– Doch, das komme ich. Ich habe das in der schriftlichen Stellungnahme dokumentiert.

Ich behaupte, mit 5.900 mehr Plätzen für Erstsemester werden wir dem Doppelabiturjahrgang nicht gerecht.

Zum Numerus clausus: Wir hatten 2011 einen Schnitt von 44,4 % der Fächer, die in Nordrhein-Westfalen mit einem Numerus clausus behaftet waren. Einige Jahre zuvor lag diese Zahl bei 38 %. Aktuell liegt sie seit dem letzten Wintersemester bei 48,6 %. Wir haben eben Zahlen aus Aachen gehört. Ich könnte das noch vervollständigen. Fünf von 140 Fächern in Köln sind zulassungsfrei. In Duisburg-Essen sind es sechs von 117. Gerade höre ich, dass die Fachhochschule Hamm-Lippstadt auch schon den Numerus clausus beantragt hat.

Das heißt – ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Anlage zu unserer Stellungnahme –: Die Zahl der zunehmenden Numerus-clausus-Fächer und die Höhe des Numerus clausus sind zwar nicht automatisch Indizien für die zur Verfügung gestellten Kapazitäten – das ist richtig –, aber das Umgekehrte stimmt auch nicht, dass die Zahl der Numerus-clausus-Fächer nicht auch ein Hinweis darauf ist, dass die Hochschulen den Bewerberinnen und Bewerbern nicht gerecht werden können. Deshalb erwarten wir, dass die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber sowie die Zahl der effektiv Aufgenommenen einander gegenübergestellt werden. Denn es nützt uns nichts, wenn wir jetzt hören, die Hochschulen hätten in den letzten Jahren größte Anstrengungen unternommen, um möglichst viele aufzunehmen.

(Karl Schultheis [SPD]: Das werden wir ja sehen!)

Das ist unbestritten. Auch dass in einer Notsituation wie im letzten oder in diesem Jahr ausgesprochen viel unternommen wird, kritisieren wir nicht. Wir kritisieren nur, dass die absolute Zahl der zur Verfügung gestellten Plätze für die Erstsemester nicht ausreichend ist.

Herr Sternberg hat auch gesagt, er erwarte beispielsweise, dass die Zahl der Numerus-clausus-Fächer eher zunimmt. Sicherlich ist das – das hat auch Herr Bloemeke ausgeführt – insgesamt keine zufriedenstellende oder beruhigende Aussage.

Letzte Anmerkungen zum Stichwort der heterogenen Hochschuleingangssituation, Herr Nettelstroth: Dieses Thema können wir heute sicherlich nur anreißen. Es wäre es wert, sich etwas umfänglicher mit Qualifikationsvorstellungen, Ansprüchen und Wirklichkeiten auseinanderzusetzen. Nur einen Hinweis, Herr Husemann: Vorkurse

in Mathematik gab es schon vor Jahrzehnten; das ist nichts völlig Neues. Aber es ist sicherlich nicht nur ein Problem für die Hochschulen, sondern auch für die Schulen. Aber auf dieses Problem möchte ich jetzt nicht detailliert eingehen; es ist wert, dass wir es gesondert thematisieren.

**Prof. Dr. Hans-Hennig von Grünberg:** Die Bewerberzahlen sind wegen der Mehrfachbewerbungen nicht zu ermitteln. Sie sind eine fiktive Größe, mit der man nichts anfangen kann.

Zur NC-Problematik: Auch bei uns steigen die NCs. Aber sie sind tatsächlich eine Art Schutzwall. Bei einigen unserer Studiengänge wissen wir, dass es in normalen Zeiten 50 oder 60 Einschreibungen gibt. Dann kommt der Dekan und sagt, er wolle einen NC bei 80 haben. Denn das ist auf Puffer gearbeitet. Das heißt nicht gleich, dass sie alle vor der Tür bleiben. Aber auch aus planerischen Gesichtspunkten sind die NCs eingeführt worden, um auch auf Zuwachs hin planen zu können. Bei den NCs muss man fragen: Wo liegt die NC-Grenze eigentlich wirklich?

Wie Herr Sternberg schon sagt, dienen sie auch zum Steuern. Es ist richtig: Wenn man im Jahrgang 2013 BWL studieren will, ist es deutlich schwieriger als im Jahre 2010. Das muss man schon sagen. Aber wenn man sich die Alternativen ansieht, wird man in Nordrhein-Westfalen an den Fachhochschulen und Universitäten für seine Neigung ein Fach finden, auch wenn es vielleicht weder genau das Fach ist, was man sich unbedingt vorgestellt hat, noch die Stadt, die man sich vorgestellt hat.

Herr Nettelstroth fragte, wie man bei einer Auslastung von 150 % überhaupt noch studieren könne. Dabei muss man sich genau anschauen, um welches Fach es sich handelt. Im Fach Chemie bedeutet eine Auslastung von 150 %, dass Studierende in den Praktika in Gruppen zu fünft sitzen. Dann hat man ein Problem, weil dort normalerweise nur zwei sitzen. Wenn man eine 150- oder 170-prozentige Auslastung im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften hat, sitzen im Vorlesungsraum 90 statt 60 Leute. Das ist kein Drama.

Bei uns an der Hochschule liegen wir in den Fächern, in denen es die Studenten merken, bei 120 %. Bei Wirtschaftswissenschaften und bei Textiltechnik finden wir – genau, wie Herr Sternberg gesagt hat – auf die Schnelle keine Professoren. Dann ist es auch nicht so gekommen, wie wir es uns vorgestellt haben. Denn die Rekrutierung muss gut sein. Man will anständige Leute berufen. Das kann man nicht „hopp hopp“ machen. Deswegen sind wir an einigen Stellen noch hinterher.

Aber eine 150-prozentige Auslastung hat im Wesentlichen nicht mit dem doppelten Abiturjahrgang oder den großen Zahlen zu tun, sondern damit, dass diese Hochschulen schon 2010 dramatisch überlastet waren. Das ist nicht schlimmer geworden, aber zumindest gleich geblieben.

Wir haben den Studienplatzaufwuchs so organisiert, dass wir 2010 sehr genau hingeschaut haben, wie hoch eigentlich die Auslastung nach Fachgruppen ist. Wir haben uns darüber hinaus gefragt: Wo kommen wir relativ schnell wieder herunter? Das ist uns extrem gut bei den MINT-Fächern geglückt. Bei den Wirtschaftswissenschaften ist es uns nicht geglückt. Denn da ist es interessanterweise mittlerweile auch schwer zu berufen. Auch in der Textiltechnik ist uns das nicht geglückt. Das war eher ein technisches als ein finanzielles Problem.

Frau Freimuth fragte nach der Hörsaalnutzung in den Randzeiten. Um 21 oder 22 Uhr gibt es keine Veranstaltungen. Wenn wir von „Randzeiten“ sprechen, führen wir Diskussionen: Bei uns wollen einige Fachbereiche jetzt bis 18 Uhr Veranstaltungen durchführen, andere machen dies bis 19 Uhr, aber nicht bis 22 Uhr.

Die Randzeiten haben in der Tat bei uns zu großen Diskussionen geführt, weil das HIS-Gutachten, das wir eingeholt haben, die Hörsäle zwischen 8 und 20 Uhr betrachtet hat. Ab 16 und 17 Uhr waren sie zum großen Teil leer oder unterbelegt. Dann kommt insgesamt eine vernünftige Belegung heraus. Aber in den Kernzeiten sind sie natürlich stark belegt. Bei der Nutzung von Seminar- und Hörsälen tobt die Diskussion, wie weit wir in die Randzeiten gehen können. Aber von dort haben wir den Puffer.

Herr Husemann hat die Mathematik- bzw. die Angleichungskurse angesprochen. Sie sind für uns in der Tat auch ein ganz großes Thema. Wir führen an der Hochschule flächendeckend über vier Fachbereiche Mathematik-Angleichungskurse ein. Das sind nicht nur Brückenkurse, die bis zum ersten Semester führen, sondern im gesamten ersten Semester wird noch einmal der Mathematikstoff der gesamten Oberstufe nachgeholt. Das ist ein reines Nachhilfesystem über die Grundlagen der Mathematik, die man sich als schlechter bzw. unzureichend vorgebildeter Student dort verschaffen kann. Das hat eine ganz große Zustimmung bei den Studierenden bzw. auch bei den Dozenten gefunden. Wir werden das machen müssen – da hat Herr Husemann absolut den Nagel auf den Kopf getroffen –, weil die Vorkenntnisse in der Tat, gelinde gesagt, heterogen sind.

Dann wurde die interessante Frage gestellt: Was können wir eigentlich machen? - An der Verstetigungsidee finde ich Folgendes gut: Im Augenblick haben wir Geld durch die Hochschulpaktmittel. Geld bedeutet, dass man auch einen strukturellen Wandel machen kann. Den jetzigen strukturellen Wandel könnte man so ausgestalten, dass man sagt: 2018 bzw. 2020 sollte die Welt folgendermaßen aussehen. Die einen sollen dieses, die anderen jenes im Haushalt haben. Dann kann man den Hochschulen und Universitäten die Zeit geben, diese Veränderungen zu realisieren. So hat man es bei den 140 Fachhochschulprofessuren gemacht. Denn man hat gesagt: Ab 2018 werden die Fachhochschulen 140 Professuren mehr haben. Bis dahin habt ihr Zeit, über die Hochschulpaktprofessuren dorthin zu finden. Die anderen haben Zeit, das sozusagen abzubauen. Das ist die richtige Maßnahme in der richtigen Zeit. Das sollte man noch konsequenter machen. Strukturelle Änderungen sind jetzt anzudenken, die zwar finanziell noch nicht zum Tragen kommen, die man aber mit den Hochschulpaktmitteln den Universitäten und Fachhochschulen jetzt zumuten kann, weil sie gerade das Geld haben. In diese Richtung muss man denken.

**Stellv. Vorsitzende Heike Gebhard:** Ich darf mich bei den Experten sowie den Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Von diesem Expertengespräch wird wie üblich ein Wortprotokoll gefertigt und wie üblich im Internet abrufbar sein. So haben auch die Experten Zugang zum Protokoll.

Sobald das Protokoll vorliegt, wird sich der Wissenschaftsausschuss zusammen mit dem mitberatenden Schulausschuss mit der Auswertung befassen und den Antrag weiter beraten.

Ich schließe die Anhörung und bitte die Kolleginnen und Kollegen, nun den Raum zu wechseln, damit wir dort unsere nächste Ausschusssitzung abhalten können.

gez. Heike Gebhard  
Stellv. Vorsitzende

16.04.2013/18.04.2013

215